

# PRESSEMITTEILUNG

## PRESSEMITTEILUNG

Sportpolitik

Nr. 405/14 vom 11. Juli 2014

### **Barbara Ostmeier zu TOP 15: Schleswig-Holstein ist bereit für die Olympischen und Paralympischen Wettbewerbe**

Die sportpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Barbara Ostmeier, hat den heute (11. Juli 2014) verabschiedeten interfraktionellen Antrag „Norddeutsche Allianz für eine Olympia- und Paralympics-Bewerbung von Hamburg“ begrüßt:

"Beim Thema Olympische Spiele und Paralympics sind sich die Oppositions- und Regierungsabgeordneten einig. In einem interfraktionellen Antrag signalisiert der Landtag in Richtung Hamburg und Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB): Schleswig-Holstein ist bereit für die Olympischen und Paralympischen Wettbewerbe“, so Ostmeier.

Allerdings solle eine endgültige Entscheidung, ob das nördlichste Bundesland, insbesondere in den Wassersportarten die Wettbewerbe durchführen kann, erst später fallen. Zunächst sollten die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie in Hamburg und eine Reform des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) zur Integrität des Sportes abgewartet werden. Parallel dazu solle die Landesregierung insbesondere Fragestellungen zu den nötigen Investitionen in die Infrastruktur von Sportstätten und Straßen, zur Nachnutzung der Sportanlagen, zur Wertschöpfung der Spiele und zum Schutz von Umwelt und Natur im Vorwege klären.

Weiterhin soll die Mitnahme und die frühzeitige Information der Bürgerinnen

und Bürger eine wichtige Rolle einnehmen.

"Wir wollen nach Prüfung der Punkte der Integrität des Sportes, der Nachhaltigkeit und Machbarkeit sowie der Bürgerbeteiligung entscheiden, welche weiteren Schritte notwendig sind. Um die Begeisterung für die Olympischen Sommerspiele und die Paralympics auch auf andere Gruppen unserer Gesellschaft auszuweiten, müssen die Bürgerinnen und Bürger umfassend informiert werden. Denn nur wenn wir den weitestgehenden Konsens erzielen und uns einig sind, nur dann werden wir Olympische und Paralympische Wettbewerbe in unserem Land durchführen. Das ist die Voraussetzung", erklärte die CDU-Landtagsabgeordnete.